

Baden-Baden. Der Gemeinderat hat gestern Abend mit einer klaren Zwei-Drittel-Mehrheit der Änderung des Bebauungsplans Neues Schloss sowie dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zugestimmt. 27 Stadträtinnen und Stadträte stimmten für die Vorlage, zwölf stimmten dagegen, ein Mitglied enthielt sich. Damit hat das Projekt eine weitere Hürde genommen. (Siehe Kommentar.)

Die knapp einstündige Debatte, bei der die Gegner mit Beifall von der Zuschauertribüne unterstützt worden waren, brachte letztlich keine neuen Argumente mehr. Grüne (mit Ausnahme von Günter Seifermann, der sich enthielt) und FDP, sowie SPD-Rat Fritz Leese lehnten beide Punkte ab.

Mehrfach forderte Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner dazu auf, Emotionen und Sachverhalte nicht miteinander zu vermischen. Er habe den Eindruck, dass in den vergangenen Monaten die Bevölkerung völlig desinfor-

Grünes Licht für Schloss-Bebauung

Klare Zwei-Drittel-Mehrheit auch für Vertrag

miert worden sei. Der OB: „Wir machen nichts, was wir nicht verantworten könnten.“

Armin Schöpflin (CDU) betonte, dass in Baden-Baden bei einem Bauvorhaben noch nie solche strikten Auflagen gemacht worden seien. Tatsächlich sei die Kubatur des Vorhabens seit 2001 unverändert, beim jetzigen Änderungsverfahren gehe es nur um die Nutzung.

Joachim Knöpfel („Wir stimmen mit einer Ausnahme ohne Wenn und Aber zu“) fragte sich, wo denn in den vergangenen Jahren die heutigen „Schlossretter“ gewesen seien, als der

Schwamm im Gebälk steckte. Knöpfel: „Wir haben alles in unserer Macht Stehende getan.“

Die Freien Wähler folgten der Vorlage geschlossen. Hans-Peter Ehinger: „Aus Sicht der Bauherrin hat dieser Vertrag doch Knebelungscharakter.“ Er fragte sich, was geschehe, wenn die Stadt bei jedem Bauvorhaben so verfare. Heinz Gehri ging derweil mit dem Sprecher der „Schlossfreunde“, Martin Ernst ins Gericht. Gehri: „Er hetzt die Bürger auf und zieht sie in sein Boot.“ Er riet dazu, sehr genau zu überlegen, wen man unterstütze.

Beate Böhlen (Bündnisgrüne) sagte, ihre Fraktion sei mehrheitlich der Meinung, dass es des öffentlich-rechtlichen Vertrages gar nicht bedürfe. Der Bebauungsplan aus dem Jahr 2001 reiche einzig zum Ziel, die Finanzkraft der Bauherrin zu stärken. Böhlen befürchtet, dass der Anbau mit den Appartements Immobilienspekulationen ermögliche.

Michael Bauer (FDP) sagte, seine Fraktion habe eine klare Position: „Wir wollen, dass dieses Schloss bei einem Eigentümer bleibt.“ Eine Aufteilung des Eigentums in ein „Konglomerat vieler Unbekannter“ komme nicht infrage. Die Behauptung Bauers, die Kubatur sei verändert worden, wies OB Gerstner entschieden zurück. Auch die Bedenken wegen des Quellschutzes wollte Gerstner zum jetzigen Zeitpunkt nicht gelten lassen. Diese Fragen müssten geklärt werden, wenn der Bauantrag vorliege. Bernd Kappler